

Reino-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Verlag: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Amstliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptverlag: Bocholt, Marktstraße 14. Fernsprecher 3034/35.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Reno-Sammel-Anzeigenpreis: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite Stellengröße 6 Pfg. Klebpreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 1 gültig vom 1. 1. 35).

Nummer 28

Dienstag, den 29. Januar 1935

Jahrgang 1935

Die deutsch-französischen Beziehungen im Mittelpunkt der Londoner Besprechungen.

England will keine neuen Bindungen auf dem Festland.

Der englische Botschafter bei Paris.

(1) Paris, 28. Januar.

Der französische Außenminister Laval empfing am Montag erneut den englischen Botschafter. Die Aussprache diente der Fortsetzung der am Sonnabend begonnenen Unterredung über die Aufstellung eines neuen Programms für die Londoner Besprechungen der französischen Ministerpräsidenten und des Außenministers.

Zu diesen vorbereitenden diplomatischen Verhandlungen glaubt der „Temps“ mitteilen zu können, daß der englische Botschafter am heutigen Montag Außenminister Laval die Auffassung des englischen Kabinetts zu den französischen Ansichten in der Rüstungs- und Sicherheitsfrage zur Kenntnis gebracht habe. In seinem Leitartikel drückt sich der „Temps“ ziemlich vorsichtig aus.

Aus leicht begreiflichen Gründen beanstandet das Blatt, daß die englische Presse nicht energisch genug eine doch unerlässliche Erhöhung der englischen Streitkräfte zu Lande und in der Luft fordere und bezweifelt im übrigen, daß Zugeständnisse, wie sie die „Times“ anregt, genügen könnten, um den „deutschen Machtwillen einzudämmen“ (1).

Frankreich, so einem Wettstreit mit eben so wenig Freude entgegen wie England. Frankreich wünsche aufrichtig, daß Deutschland wieder in das Konzert der friedlichen Mächte eintrete. Es sei geneigt, ihm diese Rückkehr zu erleichtern, aber ein Mindestmaß von Garantien müsse ihm unerlässlich sein. Als solche zählt der „Temps“ auf: Rückkehr Deutschlands zum Völkerbund, Teilnahme an regionalen Paktssystemen, Herstellung eines Sicherheitsgebietes zwischen den aktiven Streitkräften Frankreichs und Deutschlands, wobei dieser Spielraum „die Überlegenheit Deutschlands auf Grund seiner Bevölkerung, seiner Ausrüstung und der militärischen Ausbildung seiner Jugend auszugleichen hätte“ (1). Die letzte Garantie würde sich schließlich aus dem aktiven Bestand Großbritanniens an der Aufrechterhaltung der gegenseitigen Ordnung ergeben, der durch bestimmte Verpflichtungen und ausreichende Streitkräfte gewährleistet sein müßte. Der „Temps“ schließt, auf die Londoner Verhandlungen hinweisend: Einer zweideutigen Einigung wäre eine offene, aber freundschaftliche Feststellung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England vorzuziehen.

„Die Aussichten auf ein Kompromiß nur gering.“

London, 28. Januar.

Der Pariser Vertreter der „Times“ ist der Ansicht, daß bei dem Besuch der französischen Minister die Besprechungen sich fast ausschließlich auf die Abklärung und die französisch-deutschen Beziehungen beschränken werden. Die Politik der britischen Regierung sei in Paris übrigens nicht ganz richtig verstanden worden. Es sei allgemein angenommen worden, die britische Regierung wünsche die sofortige Aufhebung der Versailler Militärbestimmungen, und zwar unter der einzigen Bedingung der Rückkehr Deutschlands nach Genf und seiner Teilnahme an den Verhandlungen, deren Ergebnis ungewiß bleibe.

Die wirkliche Absicht der britischen Regierung sei, wie verlautet, Deutschland und seinen ehemaligen Verbündeten die Abschaffung von Teil 5 des Versailler Vertrages als Endziel anzubieten, was ihm aber nur gewährt werden sollte als Bestandteil einer allgemeinen Vereinbarung über die Begrenzung der Rüstungen, deren Abschluß nur bei Befriedigung der berechtigten Wünsche Frankreichs und seiner Verbündeten nach Sicherheitsgarantien möglich werde.

Die Bemühungen der britischen Regierung, den französischen Anspruch auf Sicherheitsbürgschaften angemessen zu berücksichtigen, scheine von einigen französischen Beobachtern dahin ausgelegt zu werden, daß es sich um die ersten Andeutungen einer neuen Bereitwilligkeit handele, weitere Verantwortlichkeiten auf dem Festland zu übernehmen. Es sei zu befürchten, daß die französischen Hoffnungen enttäuscht werden würden und daß selbst der beschlossene Fortschritt, der kürzlich in einem Leitartikel der „Times“ vorgeschlagen worden sei, über die Absichten des englischen Außenministers hinausgehe. Frankreich wünsche mehr denn je eine Auslegung des Locarnovertrages, die Großbritanniens fester und endgültiger Binde, als der jetzige Wortlaut.

Die Aussichten auf ein Kompromiß zwischen den entgegengesetzten Auffassungen, die sich auf wirtschaftliche

psychologische Unterschiede gründeten, seien im Augenblick nur gering. Großbritannien schlage vor, „den aufgeregten Nationalsozialismus“ durch ein zeitgemäßes Zugeständnis zu beschwichtigen. Frankreich erkläre nur in einer Nachkundgebung eine wirkliche Abwehr.

Der Eindruck, den die Besprechungen vom Sonnabend gemacht hätten, sei, daß die französischen Minister noch der politischen Richtlinie, die sie gewählt hätten, nicht leicht abgebracht werden würden. Ihre Stellung gegenüber Parlament und Land sei viel schwächer als die der britischen Regierung, und sie seien vielleicht der Ansicht, daß, wenn wenig vollstimmige Zugeständnisse nötig seien, es angemessener wäre, daß sie von britischer Seite gemacht würden.

Die Betriebsappelle am 30. Januar.

Berlin, 28. Januar.

Amstlich wird mitgeteilt: Soweit am 30. Januar 1935 Betriebsappelle abgehalten werden, sollen sie, um Erhöhung der Betriebskosten zu vermeiden, in den Betriebspausen oder vor oder nach der Arbeitszeit stattfinden.

Beschränkung der Einreise von Saaremigranten nach Frankreich.

Statusquoler kehren zurück.

DNB Saarbrücken, 28. Januar.

Nach solchen festgelegten Bestimmungen werden nunmehr nur noch folgende Gruppen von Saaremigranten zur Einreise nach Frankreich zugelassen:

1. Personen, die Verwandte, Eltern oder Geschwister in Frankreich besitzen.
2. Personen, die über genügende Mittel verfügen, um längere Zeit auf eigene Kosten leben zu können.
3. Angehörige, die in französischen Unternehmungen, vor allem in den Grubenbetrieben, beschäftigt waren.
4. Personen, die nachweislich gefährdet sind.
5. Personen, die den Antrag auf Naturalisation in Frankreich gestellt haben und hierfür die Genehmigung des Konsulats beibringen können.
6. Eltern, deren Kinder die französische Schule im Saargebiet besucht haben.
7. Frühere Fremdenlegionäre.

Wiele Separatisten und Emigranten, die in den letzten Tagen und Wochen vorzeitig das Saargebiet verlassen haben, haben ihren Entschluß inzwischen schon bitter bereuen müssen. Teilweise kehren sie bereits jetzt ins Saargebiet zurück.

So wird aus verschiedenen Orten des Saargebietes gemeldet, daß Statusquoler enttäuscht wieder in ihre alte Heimat zurückkommen, weil sie mittlerweile auch einsehen gelernt haben, daß ihnen hier nichts passiert, während in Frankreich für sie nichts zu holen ist.

Bezeichnend für die Stimmung unter den Arbeiteremigranten ist ein Brief, den einige verführte Anhänger

des Separatismus an die „Förbacher Bürgerzeitung“ gerichtet haben: „Wir stehen vor der Tatfrage, die wir bisher nicht glauben wollten, wenn uns von Kritikern warnd zugerufen wurde, daß ein politischer Hochkapitel uns jahrelang betrogen und uns nun in unserer Not verlassen hat. Unser Führer Max Braun und sein Bruder Heinz sind so ziemlich als erste in ihren Zugslimousinen nach Frankreich geflüht, wo sie nun durch die Gegend laufen, während wir durch die Straßen irren und nicht wissen, was aus uns werden wird. Wenn sich die Herren Führer Max Braun und Konsorten wenigstens einmal bei ihren Opfern sehen ließen, und ihnen ein paar freundliche Worte sagten! Aber nein, man sieht in seiner Willenswohnung oder meist im besten Hotel Förbachs, während Frauen und Kinder durch solche Auch-Politiker ins Verderben gestoßen sind.“

Zahlreiche in das Saargebiet zurückgekehrte Emigranten schreiben uns von dort, daß die Stimmung gegen Max Braun auch dort ganz umgeschlagen ist und man allgemein von Sozialdemokraten die schärfste Kritik an seinem Wohlleben im nahen Förbach hört, während seine armen Parteigenossen nichts zu essen haben.

Dasselbe trifft auch auf den Kommunisten Fritz Pförz zu. Auch er ist als einer der ersten geflohen, und man sieht ihm nicht an, daß er Not leidet. Auch unsere sozialistischen Kameraden in Förbach sollten diesem Braun-Standal ein Ende machen. Man fragt sich übrigens bei uns Emigranten, woher die Herren das viele Geld haben, Autos mit Chauffeuren und entsprechende Damen unterhalten zu können. Hat sich etwa der Saarlamp für sie gelohnt? Wir armen Kämpfer haben nur Verlust.“

Würdige und gesunde Heimstätten für die Industriearbeiter.



Im Wurmrevier, dem Raderer Steintohlgebiet, wurden soeben 70 Siedlungshäuser für die Industriearbeiterschaft feierlich eingeweiht. Mit dieser Musterkolonie, in der 70 Bergarbeiterfamilien ein gesundes Heim finden, ist der erste Schritt zu den geplanten 5000 Siedler-Stellen gemacht, die namentlich für die Industriearbeiter in den deutschen Grenzgebieten vorgesehen sind.

Die Regelung des Oberkommandos in Frankreich.

Von

Major a. D. von Belli.

Wenn für den Ausgang ich mit meiner Ehre und meinem Kopf soll haften, muß ich Herr darüber sein. Was machte diesen Gustav Unwiderstehlich, unbefestigt auf Erden? Dies: daß er König war in seinem Heer! Ein König aber, einer, der es ist, wird nie besiegt noch als durch feinesgleichen. „Die Piccolomini“

Der Idealzustand, auf den Schiller mit obigen Worten anspielt, ist im Laufe der Geschichte nur selten erreicht worden. Nur die Griechen haben die doppelte Aufgabe der Staats- und Heerführung gleichzeitig zu bewältigen vermocht. In einem neuzeitlichen Staatswesen erscheint die Aufgabe künftig überhaupt zu schwinden.

Wenn wir uns auf die Frage der militärischen Führung allein beschränken und sie im Laufe der Geschichte verfolgen, sehen wir, daß sich Republiken zu weilen scheuen, die ganze militärische Macht in einer Hand zu vereinigen. Das alte Rom stellte z. B. zwei Konsuln, die im Kommando täglich abwechselten, nebeneinander. Diese im Kriege sehr bedeutende Maßregel hatte neben anderen Umständen den Verlust der Schlacht von Cannae zur Folge. Die Römer waren sich der Schwäche dieses Systems auch bewußt. Warum sah ihre Verfassung für die Stunde höchster Gefahr die Einsetzung eines Diktators vor?

Ein Gegenstück zur Verteilung der Kommandogewalt auf zwei Konsuln finden wir in der bisherigen Friedensorganisation des französischen Oberkommandos. In der Zeit vor 1911, ferner in den 14 Jahrzehnten nach dem Weltkrieg unterstanden dem politischen Kriegsminister unmittelbar der Vize-Präsident des obersten Kriegsrates und der Chef des großen Generalstabes. Der letztere war zum Generalissimus der französischen Heere im Kriege auszuweisen. Der letztere sollte im Ernstfall als Regierungsberater an der Seite des Kriegsministers zurückbleiben. Aus dieser Regelung spricht die Befürchtung, die Armee einem einzigen Führer anzuerkennen. Die Erinnerung an die Staatsstreichs der beiden Bonaparte mit Hilfe der Armee ist in Frankreich bis zum heutigen Tage lebendig geblieben.

1911 wurden die Aemter des künftigen Generalissimus und des Chefs des großen Generalstabes in Joffres Hand vereinigt. Man möchte hier fast an die Einsetzung eines Diktators nach römischer Art denken. Der Nachkrieg stand vor der Tür. Man ließ daher die innerpolitischen Bedenken fallen. Die Regierung mag auch in Joffres politische Verlässlichkeit besonderes Vertrauen gesetzt haben.

Das neue System bewährte sich 1914, solange man dem Generalissimus unter dem Druck des deutschen Einmarsches seine nahezu diktatorische Stellung beilegte. Mit Entspannung der Kriegslage entstand aber sogleich die alte, theoretisch überhaupt nicht einwandfrei zu überwindende Schwierigkeit, die Befugnisse des Kriegsministers und des Generalissimus gegeneinander abzugrenzen. Gleichzeitig machte sich störend geltend, daß am Regierungssitz ein hochgestellter militärischer Fachmann als Regierungsberater fehlte. Von den sieben Kriegsministerien, die während des Weltkrieges einander ablösten, waren nur drei Soldaten. Erst 1917 wurde Pétain und bald darauf Foch zum Chef des großen Generalstabes und zugleich zum amtlichen Berater der Regierung ernannt.

Wie es bei der starken Persönlichkeit Fochs und der Eigenart der Stellung eines Beraters am Regierungssitz nicht anders zu erwarten war, wurde Foch damit zum eigentlichen Generalissimus. Er hatte das Ohr der Regierung und konnte durch deren Vermittlung jedem Armeeführer Befehle zukommen lassen. Wir werden auf diesen wichtigen Umstand noch einmal zurückkommen.

Nach dem Kriege wurde die militärische Macht wieder geteilt. Foch war durch den Endtag sehr vollstimmig geworden. Sollte man ihm mißtraut haben? Der Bericht des derzeitigen Kriegsministers über die soeben verfügte Neuorganisation begründet die vor 15 Jahren vorgenommene Teilung der Kommandogewalt in nicht sehr glaubwürdiger Weise. Es heißt, man habe den Sieger des Weltkrieges an der Spitze des Heeres lassen wollen; man habe ihn aber von der laufenden Arbeit entlasten zu müssen geglaubt. Deshalb war es aber keineswegs nötig, den neuereingekreten Chef des großen Generalstabes Fochs unmittelbarer Befehlsgewalt zu entziehen. Der greise Molle, der bis ans Ende seines Lebens an der Spitze des großen Generalstabes blieb, ist sicher in den letzten Jahren weitgehend von Geschäften entlastet worden, ohne daß man deshalb einen Oberquartiermeister selbständig machen mußte. Wenn die Franzosen die Macht eines Staatsdieners nicht zu groß werden lassen wollen, sagen sie meist, die Arbeitslast würde für die Schultern eines Mannes zu schwer. Mit dieser Begründung wurde z. B. die vor einigen Jahren schlichter verführte Vereinigung der drei

Das hinter un
er Sommer Tage